

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 2. October 1885.

N^o. 93.

Auf zu den Wahlen!

Die Wahlen zum Landtage sind ausgeschrieben; hiermit ist der Ruf an alle Wahlberechtigten ergangen, ihre Wahlpflicht zu erfüllen und von Neuem Volksvertreter zu wählen, welche während dreier Jahre in Gemeinschaft mit der Regierung und mit dem Herrenhause die gesetzgeberische Thätigkeit zum Besten des Vaterlandes ausüben sollen.

Es ist ein wichtiger Augenblick in dem Leben eines Volkes, wenn es berufen wird, die Zusammensetzung des einen Theils der gesetzgebenden Factoren zu erneuern. Während die Krone mit ihren Räten und das Herrenhaus gewissermaßen das Bleibende in der Flucht der politischen Erscheinungen bilden und den ununterbrochenen Fortbestand des Staatswesens auch äußerlich repräsentiren, unterliegt der dritte Factor fortwährendem Wechsel. Das hat sein Gutes, hat aber auch seine Gefahren. Sein Gutes, weil dadurch die bleibenden und feststehenden gesetzgeberischen Factoren mit der Stimmung und den Bedürfnissen des Volkes, die selbst wechseln, in fortwährender Verbindung und Fühlung gehalten werden, — seine Gefahren, weil Stimmung und Bedürfnisse oft unnatürlich und künstlich erzeugt und die Wahlen oft vom Zufall abhängig sind. Beides hat jedes Mal jeder einzelne wahlberechtigte Bürger zu bedenken: er soll der Pflicht eingedenk sein, für eine gesunde Weiterentwicklung des Staatslebens zu sorgen, daß Stimmungen und Bedürfnisse unverfälscht zu gewissenhaftem Ausdruck gelangen und daß dem Zufall und den gefährlichen Irrwegen vorgebeugt werde.

Wer die Entwicklung unseres Volkes mit Verständniß beobachtet hat, kann über die Stimmung und die Bedürfnisse desselben nicht im Zweifel sein. Wir sehen unser Vaterland in gedeihlicher Entwicklung auf allen Gebieten. Handel und Verkehr bewegen sich in gesunden Bahnen, die wirtschaftlichen Verhältnisse haben einen, im Ganzen erfreulichen Aufschwung genommen und Franken hauptsächlich nur in einem Punkte, an der immer noch drückenden Lage der Landwirtschaft, welche allerdings auch Industrie und Gewerbe in eine gewisse Mitleidenschaft zieht. Für die Besserung und Erleichterung der socialen Lage der weniger Bemittelten ist Manches geschehen: mehr als 21 Millionen Einwohner bezahlen keine Klassensteuer mehr, und durch die Reichsgesetzgebung sind jetzt gegen 4 Millionen Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit und Unfällen sicher gestellt. Durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen werden dem Staate Einnahmen zugeführt, die für die Gesamtheit der Steuerzahler große Erleichterungen mit sich bringen. Die Bedürfnisse für die Zukunft ergeben sich hieraus von selbst: nämlich daß die Weiterentwicklung sich in denselben Bahnen bewege und auf dem bisher Erreichten weiter gebaut werde. Dazu gehört vor Allem weitere Erleichterung des Drucks der directen Steuern und Entlastung der Gemeinden, mit welcher bereits durch Ueberweisung von 20 Millionen Mark ein Anfang gemacht werden konnte, Ausgestaltung der Selbstverwaltung, Ausbildung des Verkehrswesens, Berücksichtigung der Bedürfnisse der Landwirtschaft durch Besserung des Creditwesens, Erweiterung des Systems der Höferolle und andere das landwirtschaftliche Gewerbe fördernde Maßnahmen.

Eine Umbildung und Rückbildung dieser Entwicklung würde Preußen in gefährliche Bahnen bringen. Freilich schützt uns hier vor das starke Königthum, dessen wir uns erfreuen; aber wir wissen auch, daß es am letzten Ende das Ziel des Radicalismus und der Socialdemokratie ist, gerade die Macht des Königthums selbst unter Ausdehnung der Macht des Parlaments einzuschränken und herabzumindern. Um dies Ziel zu erreichen, sucht der Radicalismus eine künstliche Mißstimmung im

Volke zu erzeugen. Da wird über „Reaction“ geschrien, über die Ausbeutung der Armeren durch die Wohlhabenderen, über die Bevorzugung des Grundbesitzes, über die zu großen Kosten des Heeres, und das Alles hat nur das eine Ziel: Preußen in die Bahnen eines Parlamentarismus zu drängen, welchen andere Staaten schon längst nicht mehr als Gewinn, sondern als ein die gesunde Entwicklung der Volksgemeinschaft hemmendes Bleigewicht empfinden. Jener künstlich erzeugten Verstimmung und den Zielen, welchen dieselbe dienen soll, entgegenzutreten, das ist bei den Wahlen die Aufgabe Derer, welche an der Stellung der Krone nicht rütteln lassen und welche die gesunde sociale, wirtschaftliche und politische Entwicklung unseres preußischen Vaterlandes nicht unterbrochen wissen wollen. Nicht der künstlich genährten Mißstimmung sollen die Wahlen Ausdruck geben, sondern der wahren Stimmung und den wahren Bedürfnissen des Volks. Damit diese unverfälscht zum Ausdruck gelangen, bedarf es nur einer kräftigen Abwehr der radicalen Bestrebungen und Wühlereien, welche vor keinem Mittel zurückschrecken, die Stimmung und Ueberzeugung der Wähler zu beeinflussen und so die Freiheit der Wahlen auf alle mögliche Weise zu beeinträchtigen.

Fortentwicklung auf den bisherigen Bahnen,
Stärkere Abwehr der radicalen Bestrebungen —
das mag bei den Wahlen das Ziel sein, das uns nicht vorenthalten werden wird, wenn wir in dem nunmehr entbrennenden Wahlkampfe nach alter guter preußischer Art uns leiten lassen von dem Wahrspruch:

Mit Gott für König und Vaterland!

Drei Wahlaufrufe.

Gleichzeitig mit der amtlichen Veröffentlichung des Wahltermins zu den Landtagswahlen sind die Centrumspartei, die nationalliberale Partei und die freiconservative Partei mit Wahlaufrufen hervorgetreten. Die Stellung dieser drei Parteien zu den Fragen des Staatslebens ist zu bekannt, als daß man von ihren Wahlaufrufen etwas Neues erwarten könnte. Dennoch ist es von actuellem Interesse, den besonderen Geist kennen zu lernen, welcher sie angesichts des beginnenden Wahlkampfes beherrscht und welcher in den Aufrufen zum Ausdruck gelangt. Da läßt sich denn mit kurzen Worten sagen, daß das Centrum — unter fast beiläufiger Erwähnung der Finanz- und wirtschaftlichen Fragen, die es durch seine Mitwirkung hat fördern helfen — den Schwerpunkt seiner Action wieder in die kirchenpolitische Frage verlegt und daß es in dieser eine Angriffsstellung einnimmt, wie sie nach Allem, was in den letzten Jahren zur Förderung der kirchlichen Friedens von Seiten des Staates geschehen ist, unverständlich ist. „Keine Versumpfung des Culturkampfes“ ist der Grundgedanke, welcher die Partei und ihren Aufruf beherrscht, und dem alles Andere untergeordnet wird. Zu diesem Zwecke werden die bisherigen „Milderungen“ als unbedeutend hingestellt und es wird ihnen der Zweck untergelegt, das katholische Volk zu „täuschen“ und „einzuschläfern;“ demgegenüber wird die Noth der Kirche in den schwärzesten Farben geschildert und von Neuem zum Kampfe für die „Freiheit der Religion“ aufgefordert, die nebenbei noch niemals bedroht gewesen ist. Ob dieser kriegerische Ton in den mehr und mehr beruhigten Gemüthern des katholischen Volkes einen Resonanzboden finden wird, ob die Ueberzeugung Anhänger finden wird, daß alle bisherigen Friedensthaten Täuschungs- und Einschläferungsmittel waren, darf füglich bezweifelt werden.

Einen ungleich wohlthuerenderen und erfreulicheren Eindruck macht der Geist, welcher sich in den Wahlaufrufen der Nationalliberalen und Freiconservativen kundgibt. Man darf sie beide unter